

Linksfraktion kritisiert Bürgerbegehren

Neubau Verwaltung: Die Kosten einer Alternative müssten von den Initiatoren der Unterschriftenaktion benannt werden, meint Fraktionschef Borgmeier

■ **Paderborn.** Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind gute Instrumente der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger an der Stadtpolitik, meint die Linksfraktion/Offene Liste im Stadtrat. So könnten wichtige Entscheidungen korrigiert oder Forderungen durchgesetzt werden. Die Linksfraktion hatte im November einen Ratsbürgerentscheid in Sachen Neubau der Stadtverwaltung abgelehnt, weil der Rat nach über zehn Jahren Debatte und weit über einer Million Euro Planungskosten endlich Farbe bekennen und Nägel mit Köpfen machen sollte, so Fraktionschef Reinhard Borgmeier.

„Einem Bürgerbegehren haben wir im November noch positiv gegenübergestanden“, erklärt Reinhard Borgmeier, „in der Zwischenzeit liegen die Dinge anders. Die Initiatoren haben nicht in erster Linie ein juristisches, sondern ein politisches Problem. Jenseits von Kostenschätzung oder Fristen muss doch die Frage der Al-



Reinhard Borgmeier: „Die Initiatoren haben ein politisches Problem.“
FOTO: LINKSFRAKTION

ternative beantwortet werden. Warum sagen die Initiatoren dazu kein Wort? Gibt es die Alternativen etwa zum Nulltarif? Angesichts der Höhe der Baukosten und des kommunalen Schuldenstands wird befürchtet, das künftige Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen in Bildung und ‚soziale Teilnahme‘ gefährdet seien, heißt es in der Begründung. Ausgerechnet beim letzten Thema haben sich die Initiatoren in den letzten Jahren nun wirklich nicht profiliert.

Im Gegenteil“, moniert der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion.

Nach Überzeugung der Linksfraktion dürfe an dieser zentralen Stelle der Innenstadt gar nicht klein gebaut werden. „Das wäre die pure Verschwendung von Grundstückswerten“. Es müsse aber so flexibel geplant werden, dass auch andere Nutzungen möglich seien, wenn sich Raumbedarfe der Verwaltung änderten. Die Bedarfe der Zukunft könne heute niemand seriös voraussagen.

„Natürlich kann man auch andere Auffassungen vertreten. Dann sollten sie aber auch genannt werden“, meint Borgmeier. Offensichtlich seien sich die Initiatoren aber selbst nicht einig und setzten auf politische Taktik. Denn wer nur mit Millionensummen Emotionen wecke, verfolge möglicherweise andere Ziele und schade damit in letzter Konsequenz der kommunalen Demokratie, so Borgmeiers grundsätzliche Kritik.